

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 19. Juni 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

**B 151 Verlängerung der Frist zur Unterbreitung der Botschaft und eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle»; Entwurf Kantonsratsbeschluss / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident David Roth.

David Roth: Am 11. Mai 2023 hat die GASK den Kantonsratsbeschluss über die Verlängerung der Frist zur Unterbreitung der Botschaft und eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» beraten. Die Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» fordert eine flächendeckende Versorgung mit einer qualitativ guten familienergänzenden Kinderbetreuung im frühkindlichen Bereich und einkommensabhängige Elternbeiträge von maximal 30 Prozent der Vollkosten pro Kind. Weiter sollen sich Gemeinden und Unternehmen im Kanton Luzern angemessen an der Finanzierung beteiligen, und die in der Kinderbetreuung tätigen Personen sollen von fairen Arbeitsbedingungen profitieren. Der Regierungsrat lehnt die Volksinitiative ab, er beabsichtigt jedoch, einen breit abgestützten Gegenentwurf vorzulegen. Für die Erarbeitung des Gegenentwurfs beantragt die Regierung beim Kantonsrat eine Fristverlängerung bis Ende Juli 2024, unter anderem um einen Fachbericht fertigzustellen, der in den Bereichen Qualitätssicherung und -entwicklung sowie Finanzierung den Bedarf und die Formen der möglichen Regulierungen aufzeigt und bewertet. Die GASK stimmt der beantragten Fristverlängerung grossmehrheitlich zu. Sie unterstützt ausdrücklich die vertieften Abklärungen der Regierung, denn die externe Kinderbetreuung wird aufgrund des Fachkräftemangels und neuer Familienmodelle immer wichtiger. Da derzeit im Kanton Luzern alle Aufgaben und Kompetenzen bezüglich der familienergänzenden Kinderbetreuung im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden liegen, ist es zwingend nötig, die Gemeinden bei der Ausarbeitung des Gegenvorschlags mit einzubeziehen. Auch die Wirtschaft und die Anspruchsgruppen soll die Regierung in ihre Abklärungen mit einbeziehen. Eine Minderheit der Kommission bedauert die Verzögerung und fordert eine Stellungnahme der Regierung zur Initiative sowie das Ansetzen der Volksabstimmung im Rahmen der bestehenden Fristen. Die Kommission ist auf die Botschaft eingetreten und hat ihr mit 11 zu 2 Stimmen zugestimmt. Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Stephan Schärli.

Stephan Schärli: Die Mitte Luzern begrüsst die Verlängerung der Frist zur Unterstützung der Botschaft und eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle» sehr. Die externe Kinderbetreuung hat in unserer Gesellschaft immer mehr Gewicht. Der Fachkräftemangel, alleinerziehende Eltern, fehlende Grosseltern oder Angehörige zur Betreuung der Kinder bringen das Bedürfnis auf den Tisch. Die Politik ist gefordert, die nötigen Grundlagen zu schaffen, um all den Herausforderungen gerecht zu werden. Wie in

der Vorlage beschrieben wird, hatten wir in den vergangenen Jahren ein paar Vorstösse im Bereich der externen Kinderbetreuung/Tagesstrukturen, die im Rat mehr oder weniger Unterstützung fanden. Das Bedürfnis ist sehr gross, und für die Umsetzung im ganzen Kanton braucht es ein gewisses Fingerspitzengefühl, denn es braucht eine flächendeckende Lösung, die sinnvoll und umsetzbar ist für alle beteiligten Instanzen und Bereiche sowie für die Beanspruchenden. Es soll eine Grundlage geben, die bei Bund, Kanton und Gemeinden eingebettet werden kann. Im Weiteren sollen auch die Erkenntnisse aus der Vernehmlassung «Entwurf eines Normalarbeitsvertrages für Arbeitnehmende im Vorpraktikum in privaten Kindertagesstätten» im Gegenentwurf berücksichtigt werden. Für die Mitte-Fraktion scheint dies mitunter sehr wichtig zu sein. Die Mitte begrüsst es sehr, dass die Erarbeitung mit den verschiedenen Zuständigen gemeinsam erfolgt. Wir treten auf die Botschaft ein und stimmen der Fristverlängerung zu.

Für die SVP-Fraktion spricht Jasmin Ursprung.

Jasmin Ursprung: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten, und wir werden der Vorlage zustimmen. Wir möchten jedoch klar betonen, dass es nicht üblich werden darf, dass im Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) immer wieder Verlängerungsbotschaften entstehen, wie das schon bei der «Privatpflege- und Betreuungsinitiative» der Fall war. Solche Botschaften verursachen sehr viel Bürokratie und sind kostspielig. Hier sind die Gründe für eine Verlängerung, wie ein offener Fachbericht, welcher noch in der Entstehung ist, offene Vernehmlassungen, sowie die Entwicklungen auf Bundesebene, für uns nachvollziehbar, weshalb wir auch der Verlängerung zustimmen. Der Regierungsrat schreibt klar, dass die Initiative «Bezahlbare Kitas für alle» abzulehnen ist. Aus diesem Grund wird ein Gegenvorschlag erarbeitet. Inhaltlich werden wir uns dementsprechend erst dann dazu äussern.

Für die FDP-Fraktion spricht Sibylle Boos-Braun.

Sibylle Boos-Braun: Die FDP-Fraktion unterstützt eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dadurch kann dem Arbeitskräftemangel entgegengewirkt und die berufliche Vorsorge der Frauen verbessert werden. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist eine wichtige Voraussetzung für die erwähnte Vereinbarkeit. Veränderte Familienstrukturen und Erwerbsmodelle in unserer Gesellschaft führen denn auch seit einigen Jahren zu einer stärkeren Nachfrage nach Kita-Angeboten. Der Kanton Luzern ist schweizweit aber der einzige Kanton ohne rechtliche Bestimmungen zur Harmonisierung solcher Tagesstrukturen. Dies hat zur Folge, dass die Eltern heute je nach Wohnort unterschiedliche Angebote zur Verfügung haben. Zudem kann es auch ein Standortnachteil für unsere Firmen sein, wenn die Nachbarkantone uns mit ihren Kita-Angeboten voraus sind. Auf der anderen Seite haben die 80 Gemeinden im Kanton sehr unterschiedliche Ausgangslagen nicht nur in Bezug auf den Bedarf, sondern auch bezüglich der Möglichkeiten für Kita-Angebote. Diese Ausgangslage gilt es bei der Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage zu berücksichtigen und flexible Lösungen zu ermöglichen, die zukünftig auch weiterentwickelt werden können. So ist bei der Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage im Kanton Luzern der Einbezug der Gemeinden eine Grundvoraussetzung, da derzeit im Kanton Luzern alle Aufgaben und Kompetenzen bezüglich der familienergänzenden Kinderbetreuung im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden liegen. So haben viele Kommunen in der kürzeren Vergangenheit das System der Betreuungsgutscheine eingeführt. Wir nehmen aber positiv zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Gemeinden bei der Ausarbeitung des Gegenentwurfs einbeziehen will. Die FDP-Fraktion weist zudem darauf hin, dass der Gegenvorschlag und dessen Umsetzung für alle betroffenen Anspruchsgruppen finanzierbar und administrativ einfach umsetzbar sein muss. Auch die Unternehmen und Wirtschaftsverbände sind bei der Erarbeitung aktiv mit

einzu beziehen. Wir begrüßen die Erarbeitung einer gut abgestimmten und ausgewogenen Vorlage und unterstützen entsprechend die Fristverlängerung bis Ende Juli 2024 für die Erarbeitung eines Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Bezahlbare Kitas für alle». Entsprechend treten wir auf die Botschaft ein und unterstützen diese.

Für die SP-Fraktion spricht Pia Engler.

Pia Engler: Wir treten auf die Vorlage ein. Ich nehme es vorweg, und es dürfte wenig überraschen: Die SP Fraktion lehnt die Fristverlängerung zur Behandlung unserer Initiative geschlossen ab. Anstatt einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative der SP über «Bezahlbare Kitas für alle» auf den Weg zu bringen, behandeln wir heute die Botschaft zur Fristerstreckung, welche der Regierung ein Jahr mehr Zeit einräumen soll. Damit wird eine klare Botschaft ausgesendet. Dieses wichtige familienpolitische Anliegen steht hinten, und wir warten in Luzern weiter auf ein griffiges Gesetz für die vorschulische Kinderbetreuung. Das ist ernüchternd, handelt es sich doch um keine neue Forderung, sondern um ein Anliegen, das in der Gesellschaft und der Wirtschaft breite Unterstützung findet, und alle Kantone bis auf Luzern haben bereits Gesetze vorgelegt. Die Nöte der Branche sind bekannt. Nicht überall gibt es Angebote, die Taxen sind von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, und die Rahmenbedingungen für die Branche müssen dringend verbessert werden. Es fehlt an finanziellen Mitteln, und es müssen heute Qualitätsabstriche gemacht werden. Zudem hat der Fachkräftemangel hart zugeschlagen. Auf ausgeschriebene Stellen bewerben sich kaum mehr ausgebildete Fachpersonen, habe ich mir sagen lassen. Trotz einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis verdienen Betreuende keine 4000 Franken netto. Die Leute sind müde, und anstatt an der qualitativen Weiterentwicklung arbeiten zu können, ist das Thema Nummer 1 im Austausch das fehlende Personal. Die Branche wartet dringend auf Verbesserungen. Die Kitas tragen eine grosse Verantwortung. Die Schwachpunkte des Systems sind hinlänglich bekannt. Es bestehen umfassende Studien und Berichte. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) hat Ende 2022 klare Empfehlungen herausgegeben. Aus unserer Sicht steht einem Gegenvorschlag, der nun zügig auf den Weg gebracht wird, nichts im Weg. Auch die unterschiedlichen Situationen bezüglich Angebote in den Gemeinden sollten kein Hemmschuh sein. Aus unserer Sicht müssen sich die Rahmenbedingungen nun rasch ändern, und es muss ein griffiges Gesetz her. Viele Eltern sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf eine Kita angewiesen und die Wirtschaft auf alle verfügbaren Fachkräfte. Die Wirtschaft hat bereits Signale gesendet, dass sie sich an der Finanzierung mitbeteiligt wird. Luzern bildet unter den Kantonen das Schlusslicht und ist der letzte Kanton ohne eine Gesetzgebung für die vorschulische Kinderbetreuung. Wenn wir nicht rasch in das System als Ganzes investieren, sind Abbau und Rückschritte vorprogrammiert. Deshalb ist es für die SP-Fraktion klar: Wir brauchen so schnell wie möglich eine flächendeckende Versorgung mit genügend bezahlbaren Kita-Plätzen im ganzen Kanton und lehnen die Fristverlängerung wie erwähnt einstimmig ab.

Für die Grüne Fraktion spricht Hannes Koch.

Hannes Koch: Die Grüne Fraktion begrüsst die Verlängerung der Frist nicht, auch vor dem Hintergrund, dass der Kanton Luzern der einzige ist, der noch kein entsprechendes Gesetz hat. Die Begründung für die Verlängerung ist jedoch auch nachvollziehbar, und das Thema ist viel zu wichtig, sodass auch mehr Zeit eingesetzt werden muss. Die Initiative «Bezahlbare Kitas für alle» nimmt ein wichtiges gesellschaftliches und politisches Thema auf, das gewinnbringend umgesetzt werden soll. Es geht darum, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie zu fördern, was auch im Gleichstellungsbericht gefordert wurde. Politisch wurden verschiedene Vorstösse zu diesem Thema überwiesen. Gemeinden sind am Einführen von Betreuungsgutscheinen. Schlussendlich geht es um die Weiterentwicklung der

familienergänzenden Kinderbetreuung sowie der frühen Förderung von Kindern. Wir erachten es als richtig, dass die Initiative durch einen Gegenvorschlag so umgesetzt wird, dass sie im Rat eine klare Mehrheit erreichen kann und damit einen möglichst grossen Nutzen für die Familien und Kinder im Kanton Luzern bringt. Es kann nicht sein, dass je nach Gemeinde unterschiedliche Möglichkeiten bestehen. Es braucht fachliche Abklärungen, die leider erst diesen Frühling fertiggestellt werden konnten. Die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zur Initiative soll auf dem Fachbericht basierend und in Abstimmung mit den Entwicklungen auf Bundesebene gemacht werden, und auch die Gemeinden und Stakeholder sollen möglichst mit einbezogen werden. Zudem wird die Umsetzung der Initiative finanzielle Folgen haben. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Verlängerung. Wir nehmen die Regierung aber beim Wort mit ihrem Zeitplan, dass der Gegenentwurf bis Juli 2024 ausgearbeitet ist. Wir sind für Eintreten und mehrheitlich für Zustimmung.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser.

Claudia Huser: Die GLP-Fraktion bedauert die erneute Zeitverzögerung beim Thema Kinderbetreuung. Das Thema ist mehr als aktuell, der Kanton Luzern macht schweizweit eine traurige Falle: Als einziger Kanton hat er die Qualitätsanforderungen nicht rechtlich geregelt, als fast einziger Kanton beteiligt er sich nicht finanziell an der vorschulischen Kinderbetreuung. Das GSD ist an der Erarbeitung des Grundlagenberichtes. Das dauert und ist gerade in Zeiten von Arbeitskräftemangel Gift. Wir sind ein KMU-Kanton, und umso mehr sind die KMU darauf angewiesen, dass wir keinen Flickenteppich haben. Ein Sanitärgeschäft mit fünf Mitarbeitenden hat weder die Ressourcen noch das vertiefte fachliche Know-how, um sich mit den unterschiedlichen Finanzierungsmodellen fast aller Luzern Gemeinden auseinanderzusetzen. Der Durchschnitt der Firmen im Kanton Luzern beschäftigt sechs Mitarbeitende. Nun fragen Sie sich: Warum sollte ein Sanitärgeschäft das machen wollen, dort arbeiten doch hauptsächlich Männer? Weil in allen Firmen Mütter und Väter arbeiten. Gerade im Handwerksbereich müssen die Arbeitgeber attraktive Anstellungsbedingungen vorweisen, um Arbeitskräfte zu finden. Deshalb müssen sie sich auch Gedanken dazu machen. Genau dort liegt das Problem: Familienergänzende Kinderbetreuung ist längst mehr als eine pädagogische oder gar soziale Massnahme. Sie ist eine Schlüsselmassnahme in der Wirtschaft zum Erhalt unseres Wohlstands. Sie ist somit auch schon lange in den KMU angekommen und längst nicht mehr nur eine Luxusthematik, die sich grosse Unternehmen leisten können oder wollen. Aus diesem Grund brauchen wir dringend eine einfache Regelung, eine einheitliche rechtliche Grundlage, die es sowohl den Firmen wie auch den Gemeinden einfach macht, sich finanziell zu beteiligen. Für die GLP-Fraktion ist die familienergänzende Kinderbetreuung seit jeher ein Kernanliegen und von mir sowieso. Dass nun die SP das Thema ebenfalls aufgenommen hat, ist zu begrüssen. Ob diese Initiative allerdings der richtige Weg ist, werden wir noch beurteilen. Wir müssen vorwärtskommen, und zwar längerfristig und nachhaltig. Aus diesem Grund ist es zwar sehr bedauerlich, dass sich die Thematik verzögert, aber es ist wichtig, dass die Thematik, wenn wir schon daran sind, umfassend angeschaut wird und nicht mit lauter Einzelideen, wie sie die Initiative vorschlägt. Wir treten auf die Botschaft ein und stimmen der Fristverlängerung zu.

Maria Pilotto: Vor einem Jahr haben wir die Initiative «Bezahlbare Kitas für alle» eingereicht. Sie nimmt ein Thema auf, das bereits damals nicht neu war. Sie wissen seit über zwei Jahren, dass der Kanton Luzern im Bereich Kinderbetreuung Nachholbedarf aufweist. Die Initiative fordert nichts, das in der Schweiz nicht schon existiert. Das rasche Zustandekommen der Initiative wie auch die Gespräche auf der Strasse zeigen, dass es sich dabei um kein neues Thema handelt. Es vergeht fast kein Monat, in welchem ein Kanton das Gesetz oder die kantonale Mitfinanzierung anpasst. Diese Veränderungen werden von Politikerinnen und

Politikern verschiedenster Couleur unterstützt. Es gibt also rund 25 kantonale Regierungen, auf die sich die Luzerner Regierung für das Luzerner Modell hätte abstützen können. Es besteht Handlungsbedarf, der sich seit der Einreichung der Initiative sogar noch akzentuiert hat. Statt zu entscheiden, schlägt der Regierungsrat vor, mit einer systemischen gesetzlichen und vor allem finanziellen Entscheidung noch mindestens ein Jahr zu warten. Das ist bedauerlich und ein schlechtes Zeichen für die Branche und die Eltern, die dringend unterstützende Zeichen bräuchten, dies nicht nur von der Regierung, sondern von uns allen: von unserem Rat, der Wirtschaft, den Gemeinden, und zwar nicht nur im Wahlkampf. Mit Heinz Tännler, dem Regierungsrat aus dem Kanton Zug, habe ich wenig gemeinsam, aber er hat ein Zeichen gesetzt. Der Kanton Zug wird 40 Millionen Franken in die Kinderbetreuung investieren. Der Kanton Luzern ist rund 3,5-mal so gross. Diese erhebliche Summe und die angesprochenen Herausforderungen der KITAS sollten uns zu denken und vor allem zu diskutieren geben. Leisten Sie den zahlreichen Aufrufen von heute Morgen Folge, und hören Sie den KITAS, den Eltern, den Unternehmen und den KMU zu, und arbeiten Sie an Lösungen mit, insbesondere bei einer allfälligen Fristverlängerung. Wir dürfen nicht ein Jahr warten. Setzen Sie jetzt ein Zeichen für die Kinderbetreuung im Kanton Luzern, und lehnen Sie die Vorlage ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ein Gesetz allein nützt nichts, da macht es sich Pia Engler zu einfach. Maria Pilotto hat den Kanton Zug und die dort gesprochenen 40 Millionen Franken erwähnt. Der Kanton Zug hat aber ein anderes Finanzierungssystem. Zudem weise ich Claudia Huser auf die Aufgabenteilung des Kantons hin. Wenn Sie diese anfassen möchten, benötigen wir nochmals mehr Zeit. Die Aufgaben sind klar adressiert und geregelt, und zwar bei den Gemeinden. Sie können nicht einfach noch mehr von den Gemeinden verlangen, denn sie tun schon sehr viel und machen das gut. Wenn Sie also möchten, dass der Kanton finanzielle Mittel einschiesst, müssen Sie die Aufgabenteilung ändern. Davor warne ich aber, denn dann geht es noch länger. Man sollte also Gleiches mit Gleichem vergleichen. Die Arbeitgeberorganisationen unterstützen diese Vorlage finanziell. Ich habe entsprechende Gespräche geführt. Ich gehe davon aus, dass vor allem die Öffentlichkeit für die Kosten aufkommen muss. Wer aber wie viel bezahlt, ist noch offen. Bezüglich der Arbeitsbedingungen haben Sie einen Vorstoss eingereicht. Es gibt Verhältnisse, die wir nicht mehr akzeptieren können. Wir haben reagiert, und es soll einen Gesamtarbeitsvertrag geben. Das alles müssen wir noch zusammenführen. Zudem läuft auf Stufe Bund im Moment gerade sehr vieles. Wenn ich richtig informiert bin, hat die SP diesbezüglich eine Initiative angekündigt. Ich warne davor, dass der Kanton Luzern bei den anderen 25 Kantonen abschauen soll. Das funktioniert nicht. Die einzelnen Elemente müssen koordiniert und zusammengefügt werden. Wir wollen eine flächendeckende Einführung von KITAS im Kanton Luzern. Aber die verschiedenen Partner müssen wir ins Boot holen, sonst wird die Volksabstimmung zu einer Herausforderung. Deshalb benötigen wir diese Fristverlängerung. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Verlängerung der Frist zur Unterbreitung der Botschaft und eines Gegenentwurfs zur Volksinitiative «Bezahlbare KITAS für alle», wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 87 zu 23 Stimmen zu.